

## MILITÄRPOLITIK UND AUSSENPOLITIK IN UNGARN IN DER ERSTEN HÄLFTE IN DER DREISSIGER JAHRE

von

GYULA VARGYAI

Die militärische Mithilfe bei der Geburt des ungarischenkonterrevolutionären Systems hinterliess in der Gesamtheit der politischen Struktur solche Spuren, dass man annehmen konnte: diese können die Bethlen'sche Konsolidation und die militärischen Verfügungen des Friedensvertrages nur vorübergehend zwischen kompromissreichere Schranken drängen. So erschien es deduktiv für logisch, dass in der ersten Hälfte der 30er Jahre die – sowohl in der Aussen wie auch in der Innenpolitik nach rechts geöffnete – Regierungspolitik in der Führung des Heeres einen Partner zwecks Verwirklichung ihrer Zielsetzungen suchen konnte. Freilich erschien auch das nicht für ausgeschlossen, dass sich die Übernahme der politischen Rolle des Heeres im autonomen Sinn durch eine derartige Überbietung der Regierungspolitik realisieren könnte, welche die Entscheidungen der politischen Führung durch Schaffung vollendeter Tatsachen begleitet und in Frage stellt. Die Skale der Möglichkeiten war freilich noch um vieles breiter, die politische Realität des konterrevolutionären Ungarns stellte aber dem feste Schranken: eine intensivere Förderung des Heeres war durch eine Reihe von Faktoren behindert, von denen die bedeutenderen die in Aussicht gestellten Repressalien der die Wirksamkeit der militärischen Verfügungen des Friedensvertrages überwachenden Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens, die finanziellen Schwierigkeiten und die deutsch-italienischen Gegensätze, die die Partnerschaftsbeziehungen überschatteten, waren.

In unserer Arbeit suchten wir die Antworten anhand mehrerer Annäherungen: wir untersuchten die Beziehungen des Ministeriums für Landesverteidigung beziehungsweise des Generalstabs zum Aussenministerium, den Charakter ihres Kontaktes, die Tätigkeit der Abteilung für den Nachrichtendienst des Generalstabs. Wir nahmen die Partnerschaftsbeziehungen und das Konfrontationsverhalten der ungarischen Militärpolitik in ihrem konkreten Handeln unter die Lupe. Das Bild wurde durch eine aufmerksame Verfolgung der Tätigkeit der ungarischen Militärdiplomatie im Zusammenhang mit der Abrüstung ergänzt.

Die Beziehungen des Ministeriums für Landesverteidigung und des für auswärtige Angelegenheiten erschienen für sich kaum für geeignet

sie zur Beantwortung unserer Fragen einem Verhör zu unterziehen. Wohl hatte der militärische Staatssekretär des Ministeriums für Landesverteidigung im August 1929 in dem Sinne verfügt, dass in allen Angelegenheiten, die politische Belange haben könnten, das Aussenministerium zu orientieren sei,<sup>1</sup> die Praxis wies jedoch bloss auf eine eventuelle Durchführung dessen hin. Häufig wurde hingegen das Aussenministerium um Intervention in solchen Fragen ersucht, in denen die auswärtigen Vertretungen am zweckmässigsten vorgehen konnten.<sup>2</sup> Auf die für harmonisch erscheinenden Beziehungen der beiden Ministerien wies auch der Umstand hin, dass sie im Jahre 1933 bezüglich der Nachteile einer Aufhebung des Sichtvermerkwanges die gleichen Ansichten äusserten — wobei nur das interessant war, dass die beiden Ministerien gegen die Initiative des Ministerpräsidenten Stellung nahmen.<sup>3</sup> Das Aussenministerium war hingegen nicht vom Anspruch der Gegenseitigkeit geleitet, wennes das Ministerium für Landesverteidigung über die Berichte der ungarischen Gesandtschaften orientierte. In einer Zeit, da die militärische Leitung noch nicht versucht hatte ihrer Ressortautonomie Geltung zu verschaffen, muss es für atypisch bewertet werden, dass der Aussenminister, als die Tatsache einer Waffenlieferung nach Ungarn publik wurde, seinem Minister-Kollegen folgendes schrieb: „... der Aussenminister muss dem Ausland gegenüber die Verantwortung für solche Handlungen übernehmen und tragen, die ausschliesslich zu dem Wirkungskreis Euer Exzellenz gehören und von denen ich nur im Falle einer Pressekampagne unserer Feinde Kenntnis erlangt habe ... kann ich schwer die Verantwortung für solche Tatsachen übernehmen, von denen ich vorher keine Kenntnis habe, die aber fehlgeschlagen sind und im gegebenen Fall für das Land in aussenpolitischer Hinsicht mit einem viel grösserem Schaden einhergehen als einen positiven Nutzen ihre erfolgreiche Abwicklung bedeuten würde“.<sup>4</sup>

Die Beziehungen zwischen dem Generalstab und dem Aussenministerium besagten aber schon mehr über die Militärpolitik, über deren die Aussenpolitik betreffenden Charakter. Und wenn man noch in Betracht zieht, dass über die Berichte der Militärattachés die Leiter der Missionen (Gesandte, Geschäftsträger) für gewöhnlich unterrichtet wurden, die dann hierüber dem Aussenministerium unmittelbar Bericht erstatteten, kann diese Praktik vom politischen Standpunkt aus für untadelbar betrachtet werden. Der Generalstab und das Aussenministerium informierten einander häufig über ihre Analysen die den Charakter der Regionalität überstiegen. Hier gelangen wir aber schon zu Äusserungen, die zu Folgerungen geeigneter sind. Die Promemorien, Zusammenfassungen des Generalstabs formulierten die Ansichten der militärischen Führung für die Lenker der Aussenpolitik. Die Studie der operativen Abteilung des Generalstabs vom Sommer 1933 war eine Zusammenfassung der Ansichten der militärischen Führung nicht allein im militärpolitischen, sondern auch im aussenpolitischen Sinn. Die operative Abteilung hielt im Gegensatz zu der unzählige Male betonten Feststellung der Regierungspolitik eine friedliche Revision für unmöglich. Das Elaborat stellt



fest: „... die Wiederherstellung der völligen territorialen Integrität des Landes können wir ausschliesslich als Ergebnis eines solchen allgemeinen europäischen Krieges jemals erreichen, der die Staaten der Kleinen Entente zertrümmert und die sie unterstützenden Mächte zur Akzeptierung vollendeter Tatsachen zwingt. Auf friedlichem Wege könnte nämlich Rumpfungarn – selbst bei Voraussetzung einer sich möglichst günstig gestaltenden europäischen Lage – durch eine Friedensrevision im besten Fall nur so viel erreichen, dass es entlang seiner derzeitigen Grenzen gewisse von Ungarn bewohnte Gebietsstreifen zurückbekommen könnte, aber vielleicht auch dies nur bei gewissen Gegenleistungen. Dieser geringe Gebietszuwachs würde dazu nicht genügen, dass ein selbständiges Dasein der ungarischen Nation und des ungarischen Staates dauernd gewährleistet sei. Grundbedingung unseres selbständigen nationalen Daseins für weitere tausend Jahre ist in unserem Fall der ungeschmälerte Besitz der von den Karpaten umgrenzten geographischen Einheit, demnach kann allein dies das Endziel unserer Politik sein. Dies aber können wir auf friedlichem Weg niemals erreichen. Solcherweise besteht für uns eindeutig die Notwendigkeit der Kriegsführung.“ Die Studie formulierte aber auch, dass das Heer „... infolge seines völligen Unvorbereitetheits sowie der kritischen wirtschaftlichen und finanziellen Lage zur Kriegsführung überhaupt unfähig ist ... Heute steht es also so, dass in dem Ausmass wie für Rumpfungarn die Notwendigkeit der Kriegsführung besteht, ebenso, oder in noch gesteigertem Ausmass ist für uns die Möglichkeit einer Kriegsführung nicht gegeben“. Den Widerpruch meinte die Studie mit aussenpolitischen Mitteln auflösen zu können: „...so lange wie wir uns militärisch nicht so weit entwickeln können, dass wir zur Kriegsführung überhaupt fähig seien, muss unsere Staatspolitik ihrerseits die Möglichkeit eines Krieges vermeiden. Unsere Aussenpolitik muss also heute und noch eine geraume Zeit in der Lage sein jede, auch nur eventuell eintretende Situation, in der das Land von der Gefahr bedroht ist in einen Krieg hineingetrieben zu werden, verlässlich abwehren zu können. Andererseits muss unsere Aussenpolitik bestrebt sein die Einheit der Kleinen Entente zu stören. Die nunmehr in das offizielle Regierungsprogramm aufgenommene Revisionspolitik darf nur in dem Ausmass betont werden, in dem dies die jeweilige Gegenwirkung – aufgrund einer nüchternen Erwägung der europäischen politischen Konstellation – bei Ausschluss der Kriegsgefahr gestattet. Im übrigen wäre die Revision auch weiter zu betreiben, weil sie zur Erreichung unseres äussersten Staatszieles in militärischer, wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht als Sprungbrett dient. Dieser Vorteil drängt jene Überlegungen in den Hintergrund, dass wir zu jener Zeit im gegebenen Fall zu Vertragsbrec hern werden, was schliesslich und endlich jede Realpolitik tut“. Der logische Abschluss des Gedankenganges der militärischen Führung fehlt natürlich in der Studie nicht „... jede weitere übertriebene Sparsamkeit, die zu Lasten unserer militärischen Schlagkraft geht, muss im eigenen wohlverstandenen Interesse der Nation nicht nur verhindert werden, wir müssen vielmehr alles unternehmen um unsere Landesverteidigung kräftiger auszubauen.“<sup>5</sup>

In der Meinung der militärischen Führung bestand ein Widerspruch zwischen dem Trachten nach auffallender Realität bei der Analyse der tatsächlichen Situation und dem utopistischen Charakter der strategischen Perspektiven. Die Stellung der aussenpolitischen Empfehlungen auf die Rolle des Mittels wünschte hingegen indirekt den Perspektiven zu dienen, und trug somit zum zwitterigen Charakter der Konzeption bei.

Ähnlich war die Schlussfolgerung auch jenes Memorandums, das der Generalstabschef am 9. August 1934 dem Aussenminister über die militärpolitischen Beziehungen der österreichischen Frage verfasst hat. Der Generakstabschef machte den Aussenminister Kálmán Kánya darauf aufmerksam, dass „... die weitere Unsicherheit des österreichischen Problems... zu inneren Unruhen und diese zu solchen militärischen Eingriffen führen könnten, die indirekt auch auf uns auswirken können und in ihren Folgen unberechenbar sind. Auf die kriegerischen Folgen sind wir aber heute noch nicht vorbereitet. Es ist möglich, daes dies alles glatter vor sich gehen wird oder sich vielleicht auf einere längere Zeit hinausschiebt, doch kann man dem nicht vertrauen und noch weniger in unserer derzeitigen militärischen Lage darauf bauen. Nur mit einem kräftigen, uns gebührenden Heer können wir uns auf den abwartenden Standpunkt stellen, mit einem schwachen Heer können wir dazu nur gezwungen sein.“ Der Generalstabschef erwägte die etwaigen Folgen eines schwierigen Dilemmas der ungarischen Aussenpolitik: der ungarischen Diplomatie, die zwischen den in der österreichischen Frage noch gewichtiger in Erscheinung tretenden deutsch-italienischen Gegensätzen — damals noch — gezwungen war zu lavieren, brachte er zur Kenntnis, dass sie bei der Planung ihres Vorgehens das Heer noch nicht als direktes oder indirektes Mittel der ungarischen Aussenpolitik betrachten könne. Natürlich blieb das Drängen auf eine intensivere Förderung des Heeres auch hier nicht weg, das zum ceterem censeo der ungarischen militärischen Führung wurde.<sup>6</sup>

Diese beiden Studien können freilich nur nach deren Vereinfachung als Beweis der Typen des Verhaltens aufgefasst werden, mit der die militärischen Führer die Aussenpolitik beeinflusst haben, — das müssen wir jedoch betonen: als die Armeeführung der politischen Leitung Vorschläge im mässigen Sinn vorlegte, beurteilte sie die Kriegsbereitschaft und Schlagkraft der ungarischen Armee der 30er Jahre real. Der wiederholte Anspruch — die Förderung des Heeres — konnte hingegen nicht bloss als innenpolitischer Fragenkomplex betrachtet werden, die vor allem deutschen und italienischen Partnerbeziehungen des ungarischen Herres gestalteten diesen — wie wir sehen werden — zur Komponente der ungarischen Aussenpolitik.

Die Abteilung 2, Nachrichtendienst, des Generalstabs spielte eine wichtige Rolle in der Ausgestaltung der militärpolitischen Konzeptionen, in der Vorbereitung der Entscheidungen der militärischen Führung, welche die Aussenpolitik berührten, begleiteten oder in Frage stellten. Die Informationen des Nachrichtendienstes waren entweder die Ergebnisse der Tätigkeit des eigenen Apparats, oder sie gelangten durch die



Partnerbeziehungen des ungarischen Generalstabs nach Budapest. Von den ersteren lieferten die Berichte der ungarischen Militärattachés die am besten verwendbaren Nachrichten, der Nachrichtenwert der Kundschafterberichte war gemischt.<sup>7</sup>

Die Nachrichtenabteilung des Generalstabs gliederte sich grundlegend in defensive und offensive Sektionen, die Tätigkeit des Rahmens des Nachrichtendienstes im engeren Sinn bildeten die tschechoslowakischen, rumänischen, jugoslawischen und sowjetischen Referate. Die Stationsorte der Militärattachés – im Jahre 1929 waren in elf Staaten ungarische Militärattachés akkreditiert – aber richteten sich nach den positiven und negativen Polen der Militärdiplomatie.<sup>8</sup> Die Abteilung 2 wertete die Berichte der Attachés aus, trachtete die Informationen ihrem Evidenzsystem einzugliedern und mit Hilfe der ihr bereits zur Verfügung stehenden Daten deren Nachrichtenwert zu bestimmen. Aufgabe der Attachés war auch die Erstellung der zusammenfassenden Berichte. Für die Attachés – wenn sie nach ihrem Stationsort fuhren – fertigte die Abteilung 2 Anweisungen an, die es unternehmen die aussen- und innenpolitischen Verhältnisse des Empfangsstaates, deren ungarische Relationen festzulegen, die grundsätzlichen und operativen Aufgaben des Attachés zu bestimmen. Bei Formulierung der Anweisungen deutete die Nachrichtenabteilung des Generalstabs die Militärpolitik fast ausnahmslos ausdehnend, wozu ihr die schwimmenden Grenzen zwischen Militärpolitik und Aussenpolitik auch an sich Möglichkeit boten. Im Januar 1932 gab sie zum Beispiel den nach Ankara reisenden Attaché eine Anweisung, die – unter anderem – folgendes enthalten hat: „... die Wiederbelebung und Betonung der rassischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen kann im Interesse der bestehenden Verhältnisse nützlich sein, obwohl man sich übertriebenen Hoffnungen in dieser Beziehung nicht hingeben darf“.<sup>9</sup> (Als Interessantes in dieser Sache erwähnen wir, dass diese Anweisung mit dem zusammenklingt, was später Ministerpräsident Gyula Gömbös anlässlich seines Besuches in der Türkei sagte: „... als Asiate betrete ich zum ersten Mal den Boden Asiens“, worin man unschwer ein Mosaikstück der früheren turanisch inspirierten rassenschützerischen Ansichten des Regierungschefs erkennen kann.)

Die Stellungnahmen der Abteilung 2 bieten die Möglichkeit zur Erkenntnis der Geltendmachung militärischer Gesichtspunkte, oder noch mehr als diese, der Aussenpolitik. Im Jahre 1933 beschäftigte sich z. B. die Abteilung 2 wiederholt mit der Frage eines Präventivkrieges. Im März beurteilte die Analyse der Nachrichtenabteilung die Chancen eines solchen noch als ungewiss: „... aus verschiedenen Staaten und verschiedenen Quellen gelangen wiederholt solche Nachrichten zu uns, wonach wir seitens uns gegenüberstehenden Interessengruppen mit dem Gedanken eines Präventivkrieges rechnen müssen. Besonders kräftig ist dieser Eindruck in italienischen Kreisen. Die Möglichkeit eines solchen Gedankens kann man von vornherein schon darum nicht verwerfen, weil gewisse Tatsachen auf eine derartige Richtung hinzuweisen scheinen“. Die Abteilung 2 formulierte aber auch, dass „... jeder Konflikt, in den wir Hin-

eingetrieben werden könnten, wäre heute unsererseits für uns nicht aktuell".<sup>10</sup> Zwei Monate später war man aber schon der Meinung, dass man mit der Möglichkeit eines Präventivkrieges nicht zu rechnen braucht. Die Nachrichtenabteilung wies in ihrer Stellungnahme auch darauf hin, dass „... die Auffassung sowohl Italiens wie auch Deutschlands die ist, dass die derzeit bestehende Lage nur durch einen Krieg geklärt werden könne, dessen Zeitpunkt aber noch nicht gekommen sei, jeden sich derzeit entfachenden bewaffneten Konflikt halten sie für nicht aktuell".<sup>11</sup> Von den Partnerbeziehungen der ungarischen militärischen Führung wird noch die Rede sein, doch wollen wir schon hier darauf hinweisen, dass in der Ausgestaltung der Stellungnahme die Ansichten der Partner einen bedeutenden Platz eingenommen haben. Dies widerspiegelt sich noch eindeutiger im Bericht des Militärattachés in Berlin Döme Sztójay, der darüber informiert, dass die deutsche militärische Führung den Wahrscheinlichkeitsquotienten eines Präventivkrieges noch nicht beurteilen konnte.<sup>12</sup> Der Generalstab griff demnach in diesem Fall nicht zu dem ansonsten fast immer zur Verfügung stehenden Mittel der Desinformation: die Datenlücken der dem Ausenministerium erteilten Information wurden diesmal nicht mit konzeptionellen Annäherungen überbrückt.

Bei der Tätigkeit der Nachrichtenabteilung des Generalstabs möchten wir darauf hinweisen, dass der Charakter der zu aussenpolitischen Stellungnahmen geeigneten Möglichkeiten ihrer Informationen von zwei Faktoren bestimmt war: von den adäquaten Möglichkeiten des Nachrichtendienstes und von der Arbeit ihres Apparats, der auch politische Erwägungen angestellt hat. Bezüglich des ersteren sind wir der Meinung, dass er zu besonderen Leistungen nur selten fähig war, die eine politische Erwägung anstellende Funktion hingegen wurde wiederholt von der die reale Bereitschaft des Heeres kennenden Anschauung gezähmt. Nur in Ausnahmefällen kam es dazu, dass der Generalstab die politische Führung im konzeptionellen Sinn desinformierte.

Die bedeutenden inhaltlichen Beziehungen der die Aussenpolitik betreffenden Tätigkeit der ungarischen militärischen Führung wurden von den deutschen und italienischen Partnerbeziehungen gestaltet. Diese waren auch im bilateralen Sinn nicht immer problemlos, doch erforderten sie je nach der Wellenbewegung der deutsch-italienischen Gegensätze auch solche Lösungen, die auch die ungarische Diplomatie in Anspruch nehmen musste. In den militärischen Beziehungen gestalteten sich aber die Folgen dieser Komplikation nicht so schwer überbrückbar als in der Aussenpolitik.

Bei Beachtung der ungarisch-deutschen militärischen Beziehungen kann sofort die Durchsetzung jener Tendenz festgestellt werden, die die beiden Länder berührenden Folgen des verlorenen Krieges gestaltet haben.<sup>13</sup> Diese wurde jedoch überschritten: noch in der ersten Hälfte der 20er Jahre kam eine Vereinbarung mit dem deutschen militärischen Nachrichtendienst zustande, wonach er die seinerseits beschafften jugoslawischen Verordnungsblätter zwecks Auswertung ihren ungari-



schen Partnern übergeben, die Abteilung 2 aber sendet ihre Folgerungen nach Berlin zurück.<sup>14</sup> Im August 1931 sandte der Berliner ungarische Militärattaché über Manöver solche Informationen, die — wie er schreibt — der Chef des deutschen Generalstabs ihm nur ganz ausnahmsweise zur Verfügung gestellt hat.<sup>15</sup> Im Januar 1932 erhielt Döme Sztójay eine solche Weisung von der Nachrichtenabteilung, die auf die hohe Ebene des Austausches von Informationen hinwies.<sup>16</sup> Am 20. Januar 1932 erhielt der ungarische Generalstab Nachrichten von seinem deutschen Partner über die Verhandlung der Generalstabschefs der Staaten der Kleinen Entente.<sup>17</sup> Eine aus Warschau eingelangte Nachricht aber trug ein Kurier nach Berlin.<sup>18</sup> Am 2. April 1932 begannen Besprechungen zwischen den Leitern des deutschen und ungarischen militärischen Nachrichtendienstes in Berlin. Das den Verlauf der Verhandlungen festlegende Protokoll berichtete darüber, dass „... nunmehr sind wir uns dessen vollkommen im Klaren, wie wir die Verbindung zukünftig abwickeln sollen. Namentlich einigten wir uns darin, dass jedes von uns abgesandte Tauschgut an die Abwehr-Abteilung geht, mit einem besonderen Vermerk in dem Falle, wenn dieses Tauschgut dem Geschäftsbereich der Abteilung T-3 angehört oder auf deren Wunsch abgesandt wurde.“ (Die Abteilung T-3 führte die Auswertung der eingelangten Berichte durch, die Funktionen der sog. Abwehr-Abteilung ergaben sich aus dem Nachrichtendienst im engeren Sinn, der Abwehr und der Datenbank, also aus den Aufgaben der Evidenzführung.) Die verhandelnden Parteien einigten sich auch darin, dass die vom deutschen Nachrichtendienst erhaltenen Informationen ungarischerseits an ein drittes Land nicht weitergegeben werden dürfen, im Ausnahmefall ist eine vorangehende Genehmigung hierzu erforderlich. Betont befasste sich die Vereinbarung mit der gegen die Tschechoslowakei gerichteten Zusammenarbeit: „... über die bisherigen fallweisen Fragen hinausgehend ist zukünftig jedes wesentliche Nachrichtengut — auf Wunsch mit der Qualitätsbezeichnung der Quelle — gegenseitig und automatisch auszutauschen.“ In rumänischer und jugoslawischer Relation verfügte die Vereinbarung in dem Sinn, dass „... wir grundlegende und zusammenfassende Beurteilungen austauschen. Zuerst senden die Deutschen ihre Beurteilung und die Zusammenfassungen, worauf wir dann im gleichen Ausmass antworten und somit nach Klärung der Grundstellung die Zusammenarbeit durch Aufwerfung gegenseitiger Fragen fortsetzen.“

Im Laufe der Besprechungen klärte sich auch, dass „... sie in polnischer und russischer Relation geneigt sind uns jedwedes russisches Nachrichtenmaterial zur Verfügung zu stellen, ersuchen jedoch, dass wir in polnischer Relation ihre Aufklärungsfragen beantworten“. Die verhandelnden Parteien einigten sich weiters darin, dass „... von Fall zu Fall militärpolitische und ausserdem die zusammenfassenden Auswertungen einzelner Armeen von allgemeinem Wert grundsätzlich austauschbar sind, in ähnlicher Weise wie dies mit dem Bericht unseres Pariser Attachés über die französischen Manöver erfolgt ist“. Der ungarische Generalstab bewertete die Berliner Verhandlungen in dem Sinn, dass

„... die Verbindung des Nachrichtendienstes mit dem deutschen Generalstab erreichte den unter den derzeitigen Umständen noch erforderlichen höchsten Grad, dessen Aufrechterhaltung in der jetzigen militärpolitischen Lage für uns erwünscht und nützlich ist“,<sup>19</sup> Die deutsche Partei erwiderte übrigens noch im Herbst 1932 den Besuch. Im Laufe dieser Besprechungen zeichnete sich jene deutsche Absicht, dass sich die Zusammenarbeit hauptsächlich gegen die Tschechoslowakei richte, noch markanter ab. Dies stand schon vor der Machtergreifung Hitlers im Einklang damit, dass die ungarischen Revisionsbestrebungen allein in tschechoslowakischer Relation den restlosen Beistand Deutschlands genossen haben. Die deutsche Partei teilte schon vorhergehend mit, über was sie in der ungarischen Hauptstadt verhandeln will: „... die beiden Abteilungschefs ... sollen aufgrund des zur Verfügung stehenden gesamten Evidenzmaterials über die tschechische Streitmacht, die Verhältnisse in der Tschechoslowakei, deren Widerstandsfähigkeit sowie über die Rolle der Tschechoslowakei innerhalb der Kleinen Entente einen eingehenden Gedankenaustausch führen“. Von deutscher Seite wurde vor der Reise nochmals darauf hingewiesen, dass Oberst Fischer, Leiter der T-3 „... den Gedankenaustausch auf die eingehende Besprechung des tschechnischen Heeres zu konzentrieren wünscht... sie werden ihre sämtlichen Daten mit voller Offenheit zur Verfügung stellen ...“. Die Verhandlungen verliefen dann im Oktober 1932 im Zeichen einer totalen Honorierung der deutschen Ansprüche. Eine interessante Episode des Besuches von Fischer war, dass der Oberst vom neuen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös empfangen wurde, der durch Fischer dem deutschen Kriegsminister eine Botschaft zugehen liess. Gömbös warf in seiner Botschaft die Frage der Unterbringung des ungarischen Agrarexportes in Deutschland auf, mit der er schon – vor der allgemeinen Meinung allzusehr betontes – Verhandlungsthema seines im Sommer 1933 erfolgten Besuches bei Hitler berührte. Gömbös betonte im übrigen Fischer gegenüber, dass er der militärischen Annäherung zwischen Deutschland und Italien eines grosse Bedeutung zumisst.<sup>20</sup>

Die Beschlüsse der Berliner und Budapester Verhandlungen führten die beiden Generalstäbe durch: in der Praxis tauschten sie ihre Informationen in erster Linie über die Tschechoslowakei aus,<sup>21</sup> aber von deutscher Seite teilten sie auch nach wie vor viele vertrauliche Angaben über die deutsche bewaffnete Macht mit.<sup>22</sup> Die Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe realisierte sich übrigens auch in einem dritten Land durch die Kooperation der Militärattachés. Dies zeitigte von Zeit zu Zeit ungenügend problematische Ergebnisse: im Februar 1933 gewann z. B. der ungarische Militärattaché in Rom von seinem deutschen Kollegen Kenntnis über die bei der italienischen Luftwaffe eingeführten Neuerungen.<sup>23</sup>

Die Machtergreifung Hitlers berührte die Beziehungen der beiden Generalstäbe nicht unmittelbar und sofort: der Austausch von Informationen ging unverändert weiter und die Initiative bezüglich des im Dezember 1933 zustandegekommenen Treffens ging von den Deutschen



aus.<sup>24</sup> Im Jahre 1934 musste aber die deutsche militärische Führung wiederholt solche, als beruhigend gedachte, Äusserungen tun, die darauf abgezielt waren die ungarischen Bedenken wegen der Manövrierungen der deutschen Aussenpolitik zu zerstreuen. Der neue Chef der T-3 Oberst Stülpnagel erklärte z. B. dem Chef des ungarischen Nachrichtendienstes gegenüber, dass es bereits gelungen sei die Folgen der Rumänien gegenüber gerichteten deutschen Aussenpolitik in den deutsch-ungarischen Beziehungen zu überbrücken. Deutscherseits wurde sogar mehr gesagt als nötig gewesen wäre. Die Leiter des deutschen militärischen Nachrichtendienstes gaben vor ihren ungarischen Partnern der Meinung Ausdruck, dass der abwartende Standpunkt Ungarn gegenüber von der Rosenberg-Gruppe ausging, wobei das Wesentliche war, dass sie zu Rumänien und Jugoslawien engere Beziehungen ausbauen wollte. Über die Ursache der Erfolglosigkeit dieser Konzeption erfuhr die ungarische Delegation, dass das Aussenministerium und die Heerführung dem Plan in gleicher Weise ablehnten. Die konkreten Verhandlungen aber bestätigten tatsächlich die Meinung Stülpnagels: die Parteien besprachen das Verhältnis Ungarns zu den Staaten der Kleinen Entente, die Beziehungen Deutschlands zur Tschechoslowakei, zu Österreich, der Sowjetunion und Italien. Die Mehrzahl der zur Zeit der Verhandlungen ausgetauschten Informationen betraf abermals die Tschechoslowakei. Von deutscher Seite wurde beantragt, dass die beiden Generalstäbe durch Abhören der im September 1934 abzuhaltenden tschechoslowakischen Manöver im Raum vom Olmütz eine operative Zusammenarbeit ausbauen.<sup>25</sup> Obwohl später von deutscher Seite mehrmals Entschuldigungen nötig waren, nahm diese die Abteilung 2 zur Kenntnis oder sie glitt einfach über den Tatsachen hinweg. Im Jahre 1935 machte z. B. die jugoslawisch-deutsche militärische Annäherung die ungarische militärische Führung entschieden nervös,<sup>26</sup> dies berührte aber den Nachrichtenaustausch und sonstige Manifestationen der Zusammenarbeit nicht.<sup>27</sup> Die Berliner Verhandlungen des neuen Chefs des ungarischen Generalstabs General Somkuthy und des Leiters der Abteilung 2 Gusztáv Hennyey im Sommer 1935 formulierten wiederum die tschechoslowakische Interessiertheit der beiden Partner. Gusztáv Henyei hat dies dem italienischen Militärattaché in Budapest aufrichtig, vielleicht sogar zu aufrichtig mitgeteilt. Die Pikanterie der Mitteilung war, dass Ministerpräsident Gömbös dem italienischen Gesandten in Budapest Fürst Colonna gegenüber zur gleichen Zeit den Höflichkeitscharakter des Besuches hervorgehoben hat.<sup>28</sup> Der Generalstabschef hingegen betonte dem österreichischen Militärattaché in Budapest gegenüber, dass das Bestreben der ungarischen Aussenpolitik auch zukünftig das bleibt, ein Verständnis zwischen Berlin, Wien, Rom, Warschau und Budapest zu schaffen, er fügte aber hinzu die Ergebnisse der Berliner Verhandlungen: Zweck des Verständnisses ist, dass sich diese Staaten gemeinsam auf einen solchen Krieg vorbereiten, in dem die Tschechoslowakei tunlichst rasch ausgeschaltet werden muss.<sup>29</sup> Im Sommer 1936 aber sagte Gusztáv Hennyey dem österreichischen Militärattaché in Budapest noch mehr: Deutschland und Ungarn

bereiten gemeinsame Aktionen gegen die Tschechoslowakei vor.<sup>30</sup> (Gusztáv Hennyey spricht in seinen kürzlich in der Bundesrepublik erschienenen Memorien interessant über die Beziehungen des deutschen und ungarischen militärischen Nachrichtendienstes, seine Memoiren sind jedoch in dem Sinn oberflächlich, dass er die Entwicklung der engeren Verbindungen Canaris zuschreibt, der im Dezember 1934 Chef der Abwehr wurde. Die Motive der Canaris-Mythologie Hennyeys sind leicht aufzulösen: er schloss sich jener mythossuchenden und mythosschaffenden Tätigkeit an, die im Chef der Abwehr das Idol des hitlerfeindlichen deutschen Soldaten zu finden glaubt.<sup>31</sup>)

Jene Frage aber, auf welcher Ebene das ungarische Aussenministerium über die Beziehungen der Generalstäbe unterrichtet war, wird angesichts der Fakten irrelevant. Auf irgendeine Geltendmachung der politischen Kontrolle weist das Aktenmaterial nicht hin, obzwar die Personalunion der Funktion des Ministerpräsidenten mit der Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung hierzu offenbar eine Möglichkeit schuf, die freilich ungemein eigentümlich war.

Der ungarische Generalstab hat mit der Vertiefung seiner deutschen Verbindungen – und dies halten wir für das Wichtigste – die politischen Beziehungen gewissermassen präjudiziert. Wenn wir daran denken, dass die Aufnahme der Beziehungen mit Hitler im Januar 1932, mit dem Besuch Tibor Eckhardts erfolgt ist – die Versuche der nicht regierungsfähigen ungarischen äussersten Rechten, z. B. den von Zoltán Böszörményi, ausser acht lassend – müssen wir die Tätigkeit des Generalstabs auf diesem Gebiet für bedeutend bewerten. Der Umstand aber, dass die Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben schon vor 1933 zustandekam, gestaltete die nach der Machtergreifung Hitlers entstandenen politischen Beziehungen neuen Typs kontinuierlicher. Wir erachten es für wichtig hervorzuheben, dass im Kontakt der Soldaten jene Faktoren, welche die politischen Beziehungen von Zeit zu Zeit hemmten, – die nazistische Tätigkeit der deutschen Minderheit in Ungarn und die Unterstützung der ungarischen rechtsextremen Bewegungen seitens Berlins – keine Rolle gespielt haben. Darin formulierte sich natürlich auch das, dass die Kooperation zwischen dem deutschen und dem ungarischen Generalstab keinen beigeordneten Charakter hatte, was die Kräfteverhältnisse auch nicht ermöglicht hätten.

In den Verbindungen des deutschen und ungarischen Heeres gab es freilich auch solche Faktoren, deren politische Ladung wohl sekundär war, aber innerhalb des Rahmens der militärischen Zusammenarbeit seit Mitte der 30er Jahre immerhin die Annäherung zum Ausdruck brachten, die zwischen den militärischen und politischen Beziehungen vor sich gingen. Die gegenseitigen Besuche, die auf gegenseitiger Grundlage zur Geltung kommenden Befehlsführungen bargen neben der wiederholten Neuformulierung der deutschen Orientierung der ungarischen Aussen- und Militärpolitik weitere Negativen in sich: auch die Befehlsgängen nach Deutschland trugen zur Gestaltung des in der Mehrzahl rechtsorientierten ungarischen Offizierskorps bei. Ein von seiner Kommandie-



rung heimgekehrter Generalstabshauptmann z. B. — der unter den Einfluss des ins Rheinland erfolgten Einmarsches geriet — schreibt in seinem Bericht Folgendes: „... Ungarn kann nunmehr nur eines tun. Es muss unverzüglich ein Bündnis mit Deutschland schliessen. Für Ungarn wurde es illusorisch seine Aussenpolitik ausschliesslich und mit voller Aufrichtigkeit auf Italien zu basieren...“<sup>32</sup>

Im Rahmen der militärischen Beziehungen, aber doch mit einiger-massen autonomem Lösungen, entwickelte sich der Export des an Ungarn gelieferten deutschen Kriegsmaterials, der auch schon zu Beginn der 30er Jahre — trotz seines diffusen und improvisierten Charakters — bedeutend war und der sich nach 1933 nicht allein mengenmässig vervielfacht hat, sondern auch in seinen Konzeptionen besser durchdacht wurde.

Eine Milderung der ungarischen aussenpolitischen Isolation der Nachkriegszeit ermöglichte der Umstand, dass Italien — selbst als Sieger — die Folgen der Friedensverträge wie ein Besiegter bewertete und hin-nahm, ja sogar die Initiative dazu gab, dass die ungarische Aussenpolitik eine Richtung nahm, mit der sich Ungarn namentlich gegenüber Jugo-slawien sichern wollte. Seitens Italiens verfolgten die mit Ungarn herge-stellten Beziehungen auch den Zweck, ein Gegengewicht gegen Frank-reichs Einfluss in Mitteleuropa zu schaffen. Das Zusammentreffen der beiderseitigen Ansprüche hat auch die Beziehungen der beiden Armeen begünstigt.

Charakteristisch für die letzten 20er Jahre war, dass sich mit mili-tärischen Fragen — und nicht nur mit der Militärpolitik — oft Politiker befasst haben. Von italienischer Seite schien dies — angesichts der fa-schistischen Struktur des Staates — nicht überraschend, doch bezüglich Ungarns führte es — im Gegensatz zu Deutschland — dazu, dass die Militärpolitik bloss im Rahmen der Aussenpolitik ihren Platz fand. Zum Beispiel führte der ungarische Gesandte in Rom im März 1927 eine Unter-redung mit Badoglio über die militärische Situation, die sich im Falle eines jugoslawisch-italienischen Konfliktes eventuell ergeben könnte.<sup>33</sup> Über die Transitfragen der nach Ungarn zu liefernden Waffentransporte hingegen verhandelte Bethlen mit Mussolini.<sup>34</sup> Im Mai des Jahres 1929 hat es wieder der Ministerpräsident übernommen Grandi über die durch Italien bemängelten Tatsachen der deutsch-ungarischen militärischen Beziehungen Aufklärungen zu erteilen.<sup>35</sup> In den dreissiger Jahren be-fassten sich die ungarischen Politiker schon im geringeren Ausmass mit militärischen Fragen, was in den sich intensiver gestaltenden Bezie-hungen der beiden Armeen seine Erklärung fand.

Die konkreten militärischen Beziehungen machen natürlich die die Aussenpolitik betreffende Zusammenarbeit der beiden Armeen noch merkbarer.

Die Berichte des ungarischen Militärattachés in Rom weisen darauf hin, dass er hinsichtlich der Information und der Informierung eine privi-legierte Stellung genossen hat.<sup>36</sup> Diese stand hingegen nicht in völliger Gegenseitigkeit zu den Möglichkeiten, die dem italienischen Militäratta-ché in Budapest zur Verfügung standen, der auf alle Fragen reale Ant-

worten erhielt, — mit Ausnahme der Informationen, welche die deutschen Beziehungen betroffen haben.<sup>37</sup>

Auf dem die Aussenpolitik am meisten betreffenden Gebiet der militärischen Beziehungen — auf dem der Verbindungen der Nachrichtendienstes — war die Zusammenarbeit weder so alt noch so tief, wie in Falle des deutschen Generalstabs.<sup>38</sup> Die ersten Angaben der Zeitgrenzen unserer Forschungen wiesen darauf hin, dass die in defensiver Hinsicht entwickelte Zusammenarbeit der Ausgestaltung unmittelbarer Kundschafterbeziehungen vorangegangen ist.<sup>39</sup> Hingegen haben wir Kenntnis davon, dass zu Beginn des Jahres 1932 der ungarische Militärattaché in Ankara mit seinem italienischen Kollegen Informationen austauschte.<sup>40</sup> Im Sommer 1932 erstellte der Generalstab für den ungarischen Militärattaché in Rom Anweisungen: „... über die allgemeinen Bestimmungen des bestehenden politischen Vertrags weit hinausgehend besteht eine politische, militärische und — soweit dies das gegenseitige vitale Interesse gestattet — wirtschaftliche Zusammenarbeit ... Es ist ein ungarisches militärpolitisches Interesse, dass sich das Verhältnis und die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien tunlichst günstig entwickle... Zwischen Ungarn und Italien besteht wohl keine militärische Konvention von bindender Kraft, das gegenseitige militärische Verhältnis ist jedoch von so innigem Charakter, dass der Abschluss einer solchen Konvention unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht für nötig erscheint. Es besteht eine unmittelbare und ständige Zusammenarbeit in militärischen, Aufrüstungs- und Ausbildungsfragen, für deren Gewährleistung die Kooperationskommission zuständig ist. Ebenso besteht eine ständige und sehr weitgehende Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Abteilungen der Generalstäbe hinsichtlich des militärischen Nachrichtendienstes. In grossen militärpolitischen Fragen sowie in Angelegenheiten, die die Abrüstung betreffen, regeln das gemeinsame Vorgehen von Fall zu Fall die zwischen den Spitzen der Heerführung eingeführten Besprechungen. Es besteht hingegen keine Vereinbarung oder Verpflichtung in dem Sinn, dass die Parteien gegenseitig zur völligen Darlegung ihrer eigenen militärischen Lage und ihrer Absichten verpflichtet wären.“<sup>41</sup>

Die Praxis aber entsprach dem im grossen und ganzen. In den Jahren 1934–35 überschattete die französisch-italienische Annäherung schon die Beziehungen des Nachrichtendienstes. Im März 1935 formulierte die Abteilung 2 eine Ansicht, wonach „... es zweifellos ist, dass Italien es auch weiterhin für notwendig erachten wird seinen Vasallen in fernerer Zukunft, und ürbigens auch derzeit auf alle Fälle zu sichern, aber auch darüber besteht kein Zweifel, dass eine Unterstützung der ungarischen Revisionsbestrebungen derzeit nicht in seinem Interesse ist.“ Die Abteilung für Nachrichtendienst warf die Frage auf, ob man den Nachrichtenaustausch mit dem italienischen Partner nicht abbrechen sollte. Der Chef der Operationsabteilung des Generalstabs war diesbezüglich der Ansicht, dass man den Austausch von Informationen gerade steigern muss.<sup>42</sup> Im Herbst 1935 nahm der Chef des Nachrichtendienstes Hennyey einen ähnlichen Standpunkt ein wie seine Abteilung: er stell-



te das Desinteressement der italienischen Aussenpolitik in ungarischer Relation fest. Hennyey erhielt von seinen italienischen Partnern ausführliche Aufklärungen im Zusammenhang mit den Fragen des abessinischen Krieges. Hennyey schreibt in seinem Bericht über die Verhandlungen folgendes: „... Italien ist zur Zeit so sehr gebunden... dass es sich für andere Fragen nicht interessiert. Somit wurde die Frage Jugoslawiens oder der Kleinen Entente völlig in den Hintergrund gedrängt. Dies habe ich beispielsweise auch auf dem Gebiet der Arbeit des gemeinsamen Nachrichtendienstes festgestellt. Da ich aber dies nur für eine vorübergehende Erscheinung halte, müssen die derzeitigen Beziehungen – meiner Meinung nach – weiterhin aufrechterhalten werden.“<sup>43</sup>

Die in der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste in Erscheinung tretenden Probleme beeinflussten jedoch die sonstigen Formen der Beziehungen, wie die Tätigkeit der Fachkommissionen und die nach Ungarn erfolgenden Waffenlieferungen nicht. Es muss aber bemerkt werden, dass in der Arbeit der Kommissionen viel formales Element und Leerlauf war. Es wurde zur Praxis, dass im Falle von Schwierigkeiten neue Kommissionen ins Leben gerufen wurden, die dann zu Subjekten der erweiterten Reproduktion von Formalismen wurden. Die Fachkommissionen vermochten lediglich in den Planungssphären eine Kooperation auszugestalten, mehr als dies nahmen sie nur selten auf sich. Die Tätigkeit der Fachkommissionen wies eher auf die Schranken der italienisch-ungarischen militärischen Zusammenarbeit hin als auf reale Produkte.<sup>44</sup> Die konkretesten Beziehungen der Zusammenarbeit der beiden Heere bildeten somit die italienischen Waffenlieferungen, die mehrmals zur Quelle internationaler Konflikte wurden.<sup>45</sup>

Einen die Aussenpolitik berührenden militärpolitischen Inhalt hatten hingegen die ungarischerseits wiederholt formulierten Ansprüche, die im Falle eines internationalen Konflikts mit einer Intervention der italienischen Streitmacht im strategischen Sinn rechneten. Wirr wollen aber betonen, dass diese als Ansprüche und nicht als strategische Kollaudierungen aufgetaucht sind. Die österreichische Gesandtschaft in Budapest wollte schon im Februar 1933 wissen, dass die Annahme der ungarischen Frühjahrsmanöver auf einer italienisch-ungarischen Kooperation beruhte, die davon ausging, dass Italien Jugoslawien angreift.<sup>46</sup> Hierauf tauchte diese Frage mehrmals auf, sie wurde aber erst im Sommer 1936 konkreter. Der ungarische Generalstabschef erteilte in Ungarn weilenden italienischen Offizieren ausführliche Informationen darüber, welche Situation entstehen würde, wenn die Armeen der zur Kleinen Entente gehörenden Staaten Ungarn gemeinsam angreifen würden. Der Generalstabschef brücksichtigte in seiner Analyse eindeutig, dass Deutschland und Italien die Tschechoslowakei und Jugoslawien festhalten würden. Der Generalstabschef war der Meinung, dass die Mehrheit der gegen Ungarn eingesetzten Kräfte Rumänien liefern würde. Die ungarischen Ansprüche auf den Einsatz italienischer Kräfte, die Jugoslawien gegenüber das Gleichgewicht halten sollten, wurden ungemein konkret formuliert: es kam auch die Etablierung der italienischen Luftwaffe in

Ungarn zur Sprache, und, „... es wurde die Wichtigkeit dessen hervorgehoben, dass tunlichst grosse italienische Kräfte möglichst bald von Transdanubien aus eingesetzt werden ... der italienische Truppentransport hat sofort, noch vor den geplanten italienischen Überfall im italienisch-jugoslawischen Grenzgebiet zu beginnen... Die Besprechungen wurden so gelenkt, dass die Vorbereitung und Durchführung der Kriegsoperationen der in der Umgebung von Pécs tätigen italienischen Armee zur Gänze ihr überlassen wird. Wir nehmen an diesen nur mit unsere Grenzschutzkräften sowie mit den hier aufmarschierenden einigen Brigaden teil...“<sup>47</sup> Den realen Wert der ungarischen Ansprüche reduzierte aber die italienische Antwort. Der ungarische Militärattaché berichtete, dass der italienische Partner die ungarischen Vorschläge nur in dem Sinne akzeptiert hat, dass „... die Kriegsoperation gegen Jugoslawien im Rahmen eines gemeinsamen Kriegsspiels des italienischen und ungarischen Generalstabs aufgrund gemeinsamer Annahmen den Gegenstand von Besprechungen bilde“.<sup>48</sup> Somit wies die auf die Ebene der Annahme eines Kriegsspiels reduzierte ungarische Initiative wieder nur auf die Schranken der militärischen Zusammenarbeit hin.

Bedeutend waren hingegen die Besuche, Kommandierungen der militärischen Delegationen. Die Meldungen der aus Italien zurückgekehrten ungarischen Offiziere wiesen darauf hin, dass sie das italienische Heer in der Mehrzahl nicht kritiklos betrachtet haben. General Keresztes – Fischer war z. B. nach Besichtigung der italienischen Manöver vom Jahre 1934 der Meinung; „... das italienische Heer ist hinsichtlich der Führung heute nur auf einen Verteidigungskrieg vorbereitet, zur Durchführung grossangelegter Offensivoperationen ist es aber zur Zeit kaum fähig“.<sup>49</sup>

Die italienisch-ungarischen militärischen Beziehungen konnten sich nicht in dem Ausmass selbständig machen, wie dies im Falle der mit dem deutschen Generalstab ausgebauten Verbindungen der Fall war: in dieser Tatsache bildeten aber eben die letzteren die Ursache. In den italienisch-ungarischen militärischen Beziehungen entstand mehrmals ein Tiefpunkt wegen der nicht verkonspirierbaren Zusammenarbeit zwischen dem ungarischen und deutschen Generalstab. Im Mai 1935 berichtete z. B. ungarische Militärattaché in Rom: die Italiener wollen es auf militärischer Linie klären, wie sich Ungarn verhalten würde, wenn zwischen Italien und Deutschland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen würde. Der Generalstabschef aber wies den Attaché an, solche Mitteilungen zu geben, aus denen die Italiener auf die Neutralität Ungarns schliessen könnten.<sup>50</sup> So konnte die französisch-italienische Annäherung, welche die Beziehungen der Nachrichtendienste arg belastete, unter den die italienisch-ungarische militärische Zusammenarbeit überschattenden Komponenten bloss zu einem zweitrangigen Faktor werden.

Der aussenpolitische Inhalt der italienisch-ungarischen militärischen Beziehungen wies demnach nicht jene Eigenartigkeiten auf, denen wir bei der mit dem deutschen Generalstab vertieften Zusammenarbeit begegnet sind. Im Falle Italiens vermochte die Militerpolitik die Aussenpolitik nicht einmal zu ergänzen, sie nahm ihren Anteil nur als Anhang



der letzteren von jener Wellenlinie heraus, die die Beziehungen der beiden Länder auch im allgemeinen Sinn gestaltet haben.

Die Harmonie der Partnerbeziehungen der ungarischen Aussenpolitik störte am meisten die österreichische Frage. Die österreichisch-ungarischen Beziehungen wurden im allgemeinen, namentlich aber die militärischen Verbindungen durch die Österreich betreffenden Folgen der Zusammenarbeit mit den deutschen und italienischen Partnern derart beeinflusst, dass jene nur selten einen eigenen Rahmen gewannen, obwohl die beiden Armeen auf einer Reihe von Gebieten ihre Zusammenarbeit ausgestaltet haben. Die sonstigen Faktoren, welche die österreichisch-ungarischen Beziehungen belasteten – der Schmuggel nazistischen Propagandamaterials von ungarischem Gebiet nach Österreich und die burgenländische Frage – traten hingegen in der Fühlungnahme der Soldaten nicht in Erscheinung.

Was die Zusammenarbeit der beiden Armeen betrifft, standen die Nachrichtendienste im Jahre 1933 im Austauschverhältnis und kollaudierten ihr Informationen über die Tschechoslowakei.<sup>51</sup> Über einen Nachrichtenaustausch bezüglich Rumäniens berichtet das Aktenmaterial bloss einmal.<sup>52</sup> Einen bedeutenden aussenpolitischen Inhalt hatte der Umstand, dass im Februar 1934 in Österreich Munitionslieferungen aus Ungarn eintrafen,<sup>53</sup> zu einer Zeit, da die ungarische militärische Führung Schritte unternahm um jene Informationen, wonach die Tschechoslowakei den österreichischen Sozialdemokraten Waffen liefert, auf diplomatischem Wege zu verwerten.<sup>54</sup>

Die Kommandierungen entwickelten sich mit einem den realen Inhalt der überschatteten Beziehungen der beiden Armeen bei weitem übertreffenden Charakter, obzwar die Verschlechterung des österreichisch-deutschen Verhältnisses und die zunehmende deutsche Orientierung der ungarischen militärischen Führung das zur Folge hatte, dass seit Mitte der dreissiger Jahre die Anzahl der Ungarn besuchenden österreichischen Offiziere abgenommen hat.<sup>55</sup> (Nicht uninteressant sind die Berichte der Kommandierten: über das ungarische Offizierkorps stellten sie mit völliger Einförmigkeit fest, dass dieses mit den rechtsextremen Ansichten sympatisiert.<sup>56</sup>)

Den widersprechenden Charakter der österreichischen und ungarischen Beziehungen brachte nichts besser zum Ausdruck, als dass die „Partner“ zwecks Aufklärung der gegenseitigen Verhältnisse bedeutende Kräfte einsetzten. Dies wurde jedoch noch dadurch kompliziert, dass die auf österreichischen Gebiet gegen die Tschechoslowakei tätigen ungarischen Agenten bis zu einem gewissen Ausmass Immunität genossen.<sup>57</sup>

Dem grundlegenden Partnerschaftscharakter der österreichisch-ungarischen militärischen Beziehungen hielten demnach mehrere Faktoren das Gegengewicht, die auch das Wesentliche in Frage stellten. Diese Widersprüche stellten aber bloss eine Neuformulierung dessen dar, dass zwischen den aktiven Polen der ungarischen Aussenpolitik gerade die österreichische Frage die Wellenlinie der Gegensätze mit grösstem Effekt geformt hat.

Das Verhalten der ungarischen militärischen Führung, das die Aussenpolitik betraf, gestaltete sich natürlich in Konfrontationssituationen nach anderen Gesichtspunkten. Im Falle Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens, aber auch in dem der Sowjetunion gestaltete sich dieses Verhalten primär im Informationsanspruch. Ausserdem tauchten hier die Versuche einer Beeinflussung der Aussenpolitik gesteigerter auf als in den Beziehungen gegenüber den Partnern.

Über Jugoslawien sandte die am besten verwertbaren Berichte der Belgrader Militärattaché, der bestrebt war über sämtliche Regungen des jugoslawischen politischen Lebens Meldung zu erstatten, obwohl seine Lage keineswegs leicht war: die Zuständigen des Empfangslandes trachteten ihn zu isolieren.<sup>58</sup> Im Jahre 1933 aber forderten die Jugoslawen die Abberufung des ungarischen Militärattachés — nicht ohne Grund.<sup>59</sup> Die Ausweisung des Attachés berührte den Generalstab empfindlich, und hatte zur Folge dass er gemüssigt war andere Nachrichtenquellen in Anspruch zu nehmen.<sup>60</sup> Somit stützte sich der Generalstab nach Ausweisung des Attachés präferiert auf die Berichte der kroatischen Emigration in Ungarn, aber im allgemeinen auf die der Ustascha-Bewegung.<sup>61</sup> Diese sich immer enger knüpfende Beziehung aber wurde die Einleitung der schwierigsten aussenpolitischen Prüfung der Regierung Gömbös, des Attentats von Marseille. Und während es dem ungarischen militärischen Nachrichtendienst gelang mit dem bulgarischen Generalstab einen Nachrichtenaustausch auszubauen, dessen Inhalt sich natürlich aus Informationen ergaben, die Jugoslawien betrafen,<sup>62</sup> verzerrte die Analysen des ungarischen Generalstabs bei Auslegung der aus kroatischen Emigrantenkreisen gewonnen Nachrichten immer mehr die auch in präkonzeptioneller Form erscheinende Anschauung, die in nicht allzu ferner Zukunft mit einer jugoslawischen innenpolitischen Krise rechnete. Anfang 1933 schrieb der Generalstabschef Röder auf einen Bericht des ungarischen Militärattachés in Belgrad eigenhändig: „... es ist eine gründliche Aufklärung einzuleiten, welche militärische Vorbereitungen getroffen werden gegenüber der zu erwartenden Steigerung der kroatischen Bewegung (Frühjahr 1933)“<sup>63</sup> Im Januar und Februar hingegen fertigte der Generalstab für das Aussenministerium solche Stellungnahmen an, die im Widerspruch zu den Mitteilungen der objektiveren Nachrichtenquellen, so z. B. zu den Meldungen des vor der Ausweisung stehenden Belgrader Militärattachés. Am 27. Januar 1933 berichtete der Generalstab dem Aussenminister über die in der jugoslawischen Armee durchgeführten Organisations- und Dislokationsänderungen, die er so bewertete, dass in Jugoslawien der Rahmen der als normal akzeptierbaren Förderung der Armee wesentlich überschritten wurde.<sup>64</sup> Einen Monat später äusserte der Generalstabschef dem Aussenminister gegenüber abermals seine Meinung über die in der jugoslawischen Armee erfolgten Änderungen. Seine Folgerungen fasste Röder folgendermassen zusammen: „... nach meiner Beurteilung hat sich das aussenpolitische Verhältnis Jugoslawiens gegenüber keinem seiner Nachbarn so kritisch verschlimmert, dass dies Präventivmass-



nahmen solchen Ausmasses begründen würde, andererseits sind diese Massnahmen auch nicht so ausgerichtet, dass sie als Vorsorge für etwaige innere Unruhen betrachtet werden könnten“.<sup>65</sup> Die aus Belgrad ein-  
treffenden Attaché Meldungen bewerteten diese, die jugoslawische Armee  
betreffenden Massnahmen so, dass sie durch Einsparungs- und Ausbil-  
dungsgesichtspunkte motiviert waren, und auch die Aktualität der Ab-  
rüstungsfrage eine Rolle spielten. Eine Attachémeldung enthielt nur  
insofern etwas Brauchbares für den Generalstab, dass sie bemerkte: die  
Umorganisation der Friedensarmee berührt die für eine Mobilisierung  
gesteckten Ziele nicht.<sup>66</sup> Es ist zu bemerken, dass die Frage auch die  
ungarische Gesandtschaft in Belgrad real beurteilte, obzwar die ungari-  
sche Gesandtschaft in Rom über jugoslawische militärische Vorbereitun-  
gen berichtete, wobei sie die Nachrichtenquelle im Chefredakteur der  
Zeitung *Giornale d'Italia* bezeichnete.<sup>67</sup> Der Generalstab revidierte aber  
später seine Analyse einigermaßen, doch behielt er sich seine Folgerun-  
gen vor. In seiner Zusammenfassung vom 5. April 1933 — die sich auch  
mit den gegenüber der Emigration getroffenen Massnahmen der jugo-  
slawischen Regierung beschäftigte — stellte er fest: „... aufgrund unseres  
für verlässlich qualifizierten Nachrichtenmaterials können die zur Zeit  
im Gange befindlichen Vorkehrungen noch nicht als allgemeine stille  
Mobilisierung bezeichnet werden. Aber dass diese Massnahmen den Rah-  
men der normalen Friedensverhältnisse überschreiten, kann zweifelsohne  
festgestellt werden“.<sup>68</sup> Im Januar 1934 hingegen teilte der Generalstab-  
chef dem Aussenminister wieder solche Nachrichten mit, die seine frü-  
here Konzeption bekräftigten und die sich auf die militärpolitischen  
Folgen des Ausbaus des jugoslawischen Eisenbahnnetzes bezogen.<sup>69</sup>

Die Absicht und den Versuch einer aussenpolitischen Beeinflussung  
können wir natürlich in einem um vieles grösseren Ausmass in den un-  
mittelbaren Beziehungen zwischen dem Generalstab und der kroatischen  
Emigration in Ungarn entdecken, deren Endergebnis und zum Teil auch  
den dahin führenden Weg die ungarische Geschichtswissenschaft (Mária  
Ormos, Pál Nándori) bereits geklärt hat. Hier wollen wir nur so viel er-  
klären, dass die ungarische militärische Führung schon vor den Ereig-  
nissen in Marseille über entsprechende Informationen zur Beurteilung  
dessens verfügt hat, welche Gefahren die unterstützte Tätigkeit der kroa-  
tischen Emigration in Ungarn in sich bergen kann. Im Zusammenhang  
mit dem Verantwortungsgrad für das Attentat veröffentlicht übrigens  
eine interessante Variante Gusztáv Hennyey in seinen Memoiren, der als  
Chef des ungarischen Nachrichtendienstes einer der am besten In-  
formierten gewesen sein dürfte: er empfahl dem Aussenminister Kálmán  
Kánya die politisch wichtigsten Persönlichkeiten der Emigration vom  
Landesgebiet — mit ungarischen Reisepass — zu entfernen.<sup>70</sup> Primär  
wollen wir die Verantwortung der militärischen Kreise von diesem Ge-  
sichtspunkt aus hervorheben: der Generalstab verursachte mit seinen  
zur Emigration ausgebauten Beziehungen und mit deren Folgen eine  
ausserpolitische Krise, in deren Folge in Erscheinung tretende Zusam-  
menhänge — eine neuerliche Isolierung Ungarns — wiederum zur recht-

fertigenden Argumentation der deutschen Orientierung beitragen konnten, auch wenn Ungarn nach dem Attentat von Marseille von seinem Partner die erwartete diplomatische Unterstützung nicht erhalten hat. Bei Betonung der Verantwortung der militärischen Kreise müssen wir jedoch auch darauf hinweisen, dass auch das ungarische Außenministerium und das Innenministerium intensive Beziehungen zu Ustascha-Kreisen unterhielten, somit könnte man die Anteile der Verantwortung nur schwer bestimmen.

Auch die Tätigkeit des ungarischen Generalstabs im Falle von der Tschechoslowakei und Rumäniens war primär durch den Informationsanspruch bestimmt. Einen Unterschied bedeutete hingegen, dass im Falle der Tschechoslowakei und Rumäniens die die Außenpolitik begleitenden Absichten der militärischen Führung nicht in einer so erkenntlichen Weise in Erscheinung traten wie gegenüber Jugoslawien.

Die bedeutendste unmittelbare Komponente der Informationsbasis des Generalstabs lieferten auch im Falle der Tschechoslowakei die in Prag datierten Attachéberichte. Anfang der 30er Jahre formulierte allerdings der Nachrichtendienst des Generalstabs wiederholt seine Unzufriedenheit bezüglich der Tätigkeit des Attachés, wobei das Wesentliche war, dass der Militärattaché Géza Lakatos hinsichtlich der von Vertrauenspersonen einholbaren Informationen hinter den Erwartungen zurückblieb.<sup>71</sup> Nach 1932 wurden jedoch seine Berichte nicht mehr beanstandet. Einen interessanten Bericht sandte Lakatos im Dezember 1933 über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der tschechoslowakischen Armee. Géza Lakatos legte die Worte des Generalstabschefs folgendermaßen nieder: „... wir kennen wohl die Berechnungen Ungarns. Natürlich nicht wir allein, und vielleicht auch nicht in der nächsten Zukunft, sind wir von Ungarn und seinen Verbündeten gefährdet.“ Der Attaché erinnerte in seiner Antwort an eine Äußerung des Ministerpräsidenten: Gömbös betonte die friedliche Revision.<sup>72</sup> Und obwohl die Antwort Lakatos's geschickter formuliert werden konnte, hätte offenbar auch dies nichts am tschechoslowakischen Standpunkt geändert, der in der Äußerung des Generalstabschefs eindeutig auf die deutschen Beziehungen der ungarischen militärischen Führung hinwies.

Im Jahre 1934 löste István Ujszászy den späteren ungarischen Ministerpräsidenten in Prag ab. Ujszászy überflutete förmlich den Generalstab mit seinem Berichtedumping – seine Informationen berichteten teils über wichtige militärische Gebiete, andererseits orientierten sie über die tschechoslowakische Politik, wobei der Rahmen der Militärpolitik nicht nur gelockert, sondern völlig ausser acht gelassen wurde.<sup>73</sup>

In einzelnen Fällen erhielt der militärische Nachrichtendienst auch aus einer Annäherung defensiven Charakters Nachrichten.<sup>74</sup> Es war übrigens auffallend, dass im Falle der Tschechoslowakei der autonome Nachrichtendienst des Innenministeriums zeitweise zu Überdeckungen führte, die auch der Informationsaustausch des Generalstabs und des Innenministeriums oft nicht auf jedem Gebiet ins Gleichgewicht bringen konnte.<sup>75</sup>



Der Nachrichtenwert der beim Generalstab einlaufenden sonstigen Informationen war — wie gewöhnlich — gemischt.

Es scheint feststellbar zu sein, dass das Informationsniveau, die Möglichkeiten des dem Generalstab zur Verfügung stehenden Nachrichtenmaterials die Brauchbarkeit jener Angaben, die der deutsche Generalstab nach Budapest übermittelte, nicht überstiegen. Auch aus diesem Zusammenhang kann man darauf hinweisen, dass sich die untergeordnete Stellung des ungarischen Nachrichtendienstes aus mehreren Faktoren ergab.

Die Aufklärungstätigkeit bezüglich der rumänischen Verhältnisse war hingegen viel erfolgreicher als in einzelnen Zeitspannen die in der Tschechoslowakei: die aus verschiedenen Quellen stammenden Informationen ermöglichten es dem Generalstab — sowohl im militärischen wie auch im politischen Sinn — wohlinformiert zu sein. Der ungarische Militärattaché in Bukarest sandte einen wertvollen Bericht über die Organisation des rumänischen Generalstabs,<sup>76</sup> der Generalstab aber gelangte durch eine Vertrauensperson in den Besitz der monatlich herausgegebenen zusammenfassenden Berichte des rumänischen militärischen Nachrichtendienstes.<sup>77</sup> (Die militärische Führung war hinsichtlich dieser Berichte der Ansicht, dass man rumänischerseits die tatsächliche Lage in Ungarn „im annähernden Sinne“ kennt.)

Das Verhalten der ungarischen militärischen Führung ist natürlich auch hier aus den Zusammenfassungen, Stellungnahmen und Vorschlägen des Generalstabs erkennbar. Im Falle der Tschechoslowakei lösten die Analysen thematischen Charakters im Jahre 1932 monatlich angefertigte Zusammenfassungen ab, die sich nicht bloss mit militärischen Fragen beschäftigten.<sup>78</sup> In gewissen Situationen versuchte der Generalstab mit konzentrierten Mitteln, kampagneartig Nachrichten einzuholen, die zur Erstellung von Analysen komplexeren Charakters erforderlich sind. Am 29. Mai 1931 orientierte z. B. der Generalstabschef den Aussenminister über das negative Ergebnis einer derartigen Aktion: „... die von hieraus unternommene Aufklärung auf dem gesamten Gebiet der Tschechoslowakei vom 10. bis 18. dieses Monats endete mit negativen Feststellungen, weder bei den Truppen, noch bei den Verkehrsunternehmen oder Fabriken konnte eine vom normalen Geschäftsgang abweichende Änderung festgestellt werden.“<sup>79</sup> Im März 1933 fertigte die Abteilung 2 eine Zusammenfassung über die tschechoslowakische Armee an. Die Erstellung dieser fiel im grossen und ganzen mit der Desinformationen abgebenden Schritte des Generalstabs zusammen. Das Elaborat der Abteilung für Nachrichtendienst widerspiegelte bereits das Deferieren des Generalstabs, indem er anerkannt hat, dass „... die in Richtung Ungarn eingeleiteten auss erordentlichen Massnahmen zum Grossteil rückgängig gemacht wurden...“ Die Abteilung 2 arbeitete auch einen Vorschlag aus: „... ob es nicht zweckmässig wäre die ausdrücklich gegen Ungarn gerichteten und zweifellos übereilten ... tschechoslowakischen militärischen Massnahmen zum Gegenstand einer entsprechend kräftigen europäischen Propaganda zu machen, da eine solche Propaganda gerade jetzt, gelegentlich

der der Friedensrundreise des englischen Premiers, seine Wirkung auf die europäische allgemeine Meinung nicht verfehlen könnte“. Die Initiative trug der Generalstabschef dem Ministerpräsidenten und dem Aussenminister vor. Dessen Einzelheiten sind uns nicht bekannt, vom Endergebnis aber wissen wir, dass die politische Führung dem Vorschlag nicht zugestimmt hat. Die Abweisung zeichnet die Grenzen der Bestrebungen der Armee hinsichtlich der Aussenpolitik ab, sie weist aber auch auf die Art und Weise einer Realisierung der aussenpolitischen Kontrolle hin.<sup>80</sup>

Die über Rumänien und die Tschechoslowakei erstellten Zusammenfassungen des Generalstabs vermochten — obwohl wir gesehen haben, dass dies die Informationen im grossen und ganzen ermöglicht hätten — in der Mehrzahl der Fälle die Absichten der beiden Armeen im strategischen Sinne nicht zu klären und somit blieben sie der Aussenpolitik die Beantwortung von Fragen schuldig, deren Odium man kaum mehr abwehren konnte. Es ist erstaunlich, dass z. B. aus den üblichen Jahreskonferenzen der Generalstabschefs der Mitgliedstaaten der Kleinen Entente nicht die erforderlichen Forderungen gezogen wurden, obwohl dies im gegebenen Fall auch der Mangel an Informationen erschwert hat.<sup>81</sup> (Über die Generalstabskonferenz des Jahres 1932 konnte sogar die österreichische Diplomatie brauchbarere Informationen einholen.<sup>82</sup>) Dies hatte dann zur Folge, dass die Zusammenfassungen des Generalstabs die innenpolitische Lage der Tschechoslowakei und Rumäniens analysierten.

Eine Episode des militärischen Verhaltens gegenüber Rumänien war es, als die Heeresführung einen Versuch zur Lockerung des polnisch-rumänischen Verhältnisses unternahm. Bei dieser Aktion trat der die politischen und militärischen Entscheidungen gestaltende Wille in eigenartiger Weise zutage: der Ministerpräsident selbst (der freilich zugleich auch Minister für Landesverteidigung war) ordnete an, dass gewisse Nachrichten militärischer Natur den Leitern der polnischen Armee bekanntgegeben werden müssen. Der ungarische Militärattaché in Warschau erachtete allerdings den Versuch für erfolgreich, aber bei einer objektiven Betrachtung der Kräfteverhältnisse war dies offensichtlich eine Naivität — nicht hinsichtlich der polnisch-ungarischen militärischen Annäherung, sondern hinsichtlich deren erwarteter Wirkung auf das rumänisch-polnische Verhältnis.<sup>83</sup>

Zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion kam es erst im Jahre 1934, daher musste der ungarische Generalstab zu Beginn der 30er Jahre statt der für traditionell gehaltenen Mittel im gesteigerten Ausmass andere Lösungen anwenden. Die Motivation des Interesses der ungarischen militärischen Kreise wich übrigens von den ab, was wir bei den Staaten der Kleinen Entente erfahren konnten: aus dem konterrevolutionären Charakter der ungarischen politischen Struktur folgte, dass sich die Absicht, welche die Verhältnisse der Sowjetunion aufzuklären wünschte, in erster Linie aus dem innenpolitisch brauchbaren Anspruch nährte, der selbst mit der Ansicht der Rechtsopposition der Regierungen in Kontinuität sein konnte. Diese Frage trat im opera-



tiven Sinn in der Einholung von Informationen in Erscheinung, die sich auf die in der Sowjetunion lebende ungarische Emigration und deren internationale Beziehungen bezogen. Das ungarische militärische Verhalten hatte auch noch eine andere Komponente: dem Generalstab gelang es hinsichtlich der über die Sowjetunion beanspruchten Informationen solche Nachrichtenaustausch-Beziehungen auszubauen, die übrigens die realen Möglichkeiten des ungarischen militärischen Nachrichtendienstes weit übertrafen.

Vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sandten dem ungarischen Generalstab vor allem jene ungarischen Militärattachés Nachrichten über die Sowjetunion, deren Dienstort dies geographisch erleichterte. Namentlich die ungarischen Militärattachés in Riga, Sofia, Warschau und Ankara lieferten Berichte über die sowjetischen Fragen mit einer Thematik im weitesten Sinne. Der Rigaer Attaché erhielt den überwiegenden Teil seiner Informationen vom finnischen Generalstab,<sup>84</sup> der Attaché in Sofia berichtete auch über Nachrichten die ihm aus türkischen Quellen zukamen,<sup>85</sup> Der ungarische Militärattaché in Warschau — der auch mit den estnischen und finnischen militärischen Nachrichtendienste in Verbindung stand — meldete am 3. Juli 1933, dass der Leiter des polnischen militärischen Nachrichtendienstes beantragt hat, die Zentralen mögen ihre Nachrichten über die Sowjetunion austauschen.<sup>86</sup> (Der Attaché war hinsichtlich der polnischen Initiative der Meinung, dass diese vorteilhaft sei, er fügte jedoch hinzu, dass man jene Informationen nicht ausliefern dürfe, die der ungarische Generalstab vom deutschen Nachrichtendienst erhalten hat.) Der ungarische Militärattaché in Ankara unterhielt wieder mit dem türkischen Nachrichtendienst ein Austauschverhältnis.<sup>87</sup> Es langten auch von den in westlichen Staaten akkreditierten ungarischen Militärattachés Nachrichten über die Sowjetunion ein, — diese wiesen auf die traditionellen Partnerbeziehungen des ungarischen Generalstabs hin.<sup>88</sup>

Der Generalstab trachtete sich auch anhand von Spionageberichten zu informieren. Die Abteilung für Nachrichtendienst erhielt regelmässig Berichte von einem Mitarbeiter der österreichischen Gesandtschaft in Moskau, der seine Informationen unter dem Decknamen „Winter“ vorlegte.<sup>89</sup> Konkretere Meldungen sandte „Elfi“, die vor allem über die Moskauer ungarische Emigration und die ungarischen Beziehungen der internationalen kommunistischen Bewegung Nachrichten übermittelte.<sup>90</sup>

Der Generalstab war aber mit den Ergebnissen nicht zufrieden und wies im Jahre 1931 seine Attachés in Riga, Warschau, Bukarest und Sofia unter Berufung darauf, dass er über die Sowjetunion einander widersprechende Informationen erhalten hat an, die sowjetischen Verhältnisse kräftiger aufzuklären.<sup>91</sup>

Die Zusammenfassungen des Generalstabs wurden aber nicht allein wegen der Widersprüche und Lücken des Nachrichtenmaterials illusorisch, die Analysen gestalteten sie im gesteigerten Ausmass zu solchen durch eine politische Präkonzeption, deren Anwendung übrigens im militärischen Nachrichtendienst nur selten in Erscheinung trat: in den

Situationsanalysen des Generalstabs trat die Wirkung der Ansichten der 20er Jahre, die mit einem inneren Zusammenbruch der Sowjetunion gerechnet hatten, höchstens reformiert zutage.<sup>92</sup>

Durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wurde es ermöglicht, dass der ungarische Generalstab einen Militärattaché nach Moskau entsende. Leider können wir infolge des fragmentarischen Charakters des Quellenmaterials die Tätigkeit des Moskauer ungarischen Militärattachés nicht rekonstruieren, bloss aus den sich mit militärischen Fragen befassenden Gesandtschaftsberichten können Folgerungen gezogen werden: die ungarischen Diplomaten beschäftigten sich in ihren Berichten zumeist nur mit offiziell veröffentlichten Informationen.<sup>93</sup> Zu einigen unbedeutenden Nachrichten gelangten sie durch die in Moskau akkreditierten estnischen und lettischen Diplomaten.<sup>94</sup>

Wir sind der Ansicht, dass es dem ungarischen Generalstab auch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht gelungen ist zu bedeutenderen Informationen zu gelangen. Darauf dürfte auch das hinweisen, dass als im Sommer 1936 aus Basel eine sehr widersprechende und in militärischer Hinsicht ausgesprochen dilettantische Information über die strategischen Pläne der Sowjetarmee im Falle eines europäischen Konfliktes zum Generalstab gelangte, die Abteilung 2 diese sofort dem Aussenminister übermittelte, obwohl den Nachrichtenwert der Information Hennyey selbst mit einer ziemlichen Kritik betrachtet hat.<sup>95</sup>

Das ungarische militärische Verhalten wollen wir im Falle der Sowjetunion nicht für aussergewöhnlich betrachten, selbst wenn der Generalstab seine Nachrichtenansprüche durch Anwendung nicht traditioneller Methoden zu befriedigen trachtete. Der Generalstab gelangte nur zu Analysen aber gestalteten seine grundsätzlichen Ausgangspunkte für kaum brauchbar. Die sich bloss in dieser Beziehung entwickelnden Informationsaustausche vermochten offensichtlich zu keinen Beziehungen zu führen, die neben den bestehenden Partnerverbindungen ein bedeutenderes Ausmass annehmen hätten können.

Die die Aussenpolitik betreffenden Unternehmen der ungarischen militärischen Führung sind in der Abrüstungsfrage sehr plastisch fühlbar, in der Tätigkeit der an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden ungarischen militärischen Delegation.

Das entscheidende Inhaltselement des an der Genfer Abrüstungskonferenz vertretenen ungarischen Standpunktes – der abgesehen vom Angebot der in einigen geringeren Fragen formulierten Konzessionen seinen statischen Charakter bis ans Ende bewahrte und im wesentlichen unverändert blieb – formte die Absicht des Erreichens einer Rüstungsgleichberechtigung, welche die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages ausser Kraft zu setzen wünschte. Dies war das strategische Ziel, dem sich die in den verschiedenen Vorschlägen und Anweisungen umrissene Limite anschlossen und den Traditionen der nicht verwirklichten Geschichte der Abrüstung folgten: sie schlugen dort Verminderungen vor, wo die Förderung der Streitmacht nicht als perspektivisch erschien, und liessen dort Rahmen zu, wo die Tatsachen produzierende



– freilich negative – Verstärkung der ungarischen Armee die Direktiven des Friedensvertrages schon überschritten hat.

Die Zusammensetzung der an den Generalversammlungen des Völkerbundes teilnehmenden ungarischen Delegationen widerspiegelte schon vor Einberufung der Abrüstungskonferenz, dass die militärische Führung auch in personellen Beziehungen jene zum Politikum gestaltbare Möglichkeit geltend machte, wonach sie in einem Teil der auf die Tagesordnung der Weltorganisation gesetzten Fragen militärische Beziehungen erblickte.<sup>96</sup> Dies bestimmte natürlich auch die Rolle der militärischen Kreise in den Entscheidungen. Auffallend war, dass die militärische Führung schon vor Einberufung der Abrüstungskonferenz ihre Verhandlungen in fast autonomer Weise mit den Generalstäben jener Länder führte, von denen es vorausgesetzt werden konnte, dass sie aufgrund der bereits bestehenden oder ins Kalkül ziehbaren Partnerbeziehungen zur Zusammenarbeit an der Abrüstungskonferenz bereit sind. Es bestand eine Fühlungnahme in deutscher, italienischer, bulgarischer und österreichischer Relation.<sup>97</sup> Im Dezember 1930 aber nahm das Aussenministerium den Vorschlag des Ministers für Landesverteidigung Gömbös, wonach mit Deutschland und Österreich eine Vereinbarung bezüglich der gemeinsamen Ausgestaltung jeder Mitteilung dem Völkerbund gegenüber zu treffen sei, nicht nur an, sondern war der Meinung, dass dies nicht durch ein militärisches, sondern ein zwischenstaatliches Abkommen zu regeln ist.<sup>98</sup> (Die Frage war durch den Anspruch gestaltet sich der Folgen des Nichteinbekenntens der Absicht und der Fakten eines Überschreitens des in den Friedensverträgen gestatteten Rahmens zu entledigen.

Im März 1931 kam es zur Bestimmung der Zusammensetzung der zur Genfer allgemeinen Abrüstungskonferenz reisenden Militärdelegation und zur Formulierung der Anweisungen. Die Empfehlungen des Ministers für Landesverteidigung analysierten die aussenpolitischen Möglichkeiten einer Realisierung des zu vertretenden ungarischen Standpunktes, die militärischen Ansprüche wurden nur summiert erwähnt: „... die Wiedererlangung unser völligen militärischen Freiheit... Anerkennung des Gleichberechtigungsprinzips... Unsere minimale militärische Forderung könnte sein: die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine entsprechend minimale Ergänzung unseres Kriegsmaterialbestandes, Zulassung all jener Waffen, die auch die übrigen besitzen... freie Hand auf dem Gebiete einer Vorbereitung der Mobilmachung“.<sup>99</sup> Die die Meinung des Ministers konkretisierenden militärischen Elaborate aber, welche die Abteilung für Strategie und Material des Generalstabs ausgearbeitet hat – produzierten Illusionen. In der strategischen Abteilung wurde beispielsweise betont, dass im Interesse der Sicherheit und des Friedens die Schaffung eines Gleichgewichtes mit den Staaten der Kleinen Entente wünschenswert wäre.<sup>100</sup>

Bereits zu Beginn der Abrüstungskonferenz ergaben sich Gegensätze zwischen den Vertretern des militärischen Standpunktes und den Konzeptionen von Albert Apponyi: die militärische Führung – Minister für Landesverteidigung Gömbös und Generalstabschef Röder – verlangte

vom Aussenminister neue Anweisungen für Apponyi. Gömbös und Röder wiesen in ihrer Stellungnahme auch darauf hin, dass „... nach der allgemeinen Diskussion treten nunmehr die militärischen Fragen stärker in den Vordergrund, und in meinem Auftrag ist allein Oberst Siegler zur Interpretierung berechtigt...“<sup>101</sup> Die Akzeptierung des militärischen Standpunktes gegenüber Apponyi war keine leichte Sache, obwohl im weiteren den an der Abrüstungskonferenz vertretenen ungarischen Standpunkt tatsächlich die militärische Führung geformt hat.

Im Konflikt meinen wir nicht bloss die Kollision zwischen dem Politiker und dem Militär zu entdecken: hier stiess eine schon zum Anachronismus neigende, inhaltslos gewordene, postliberale Ansicht mit der Meinung der militärischen und politischen Führung aufeinander. Die Auffassung Apponyis war nicht identisch mit der Meinung derer, die die ungarische Aussenpolitik lenkten, und allein der Charakter einer nationalen Reliquie seiner Person gestaltete die Frage – vorübergehend – für problematisch.

Im Jahre 1931 steigerte die ungarische Militärdiplomatie ihre Kraftanstrengung um jene Staaten einander näherzubringen, die den ungarischen Standpunkt akzeptieren konnten. Oberst Siegler aber, der in Wien an einer deutsch-ungarisch-österreichischen Konsultation teilgenommen hat, tat eine auffallende Äusserung: das Militär kann so lange keine ganze Arbeit leisten, so lange die Regierungen ihren Standpunkt nicht ausgestalten...<sup>102</sup> Die Meinung Sieglers wies darauf hin, dass die in der Abrüstungsfrage tätige Militärdiplomatie „vorausgelaufen“, sei, der Umstand hingegen, dass sie die politischen Entscheidungen abwarten musste, formulierte die Relativität des autonomen Handelns.

Im Herbst 1933 wurde die Lage der in der Abrüstungskonferenz verhandelnden ungarischen Delegation schwieriger: Deutschland verliess Genf. Oberst Siegler war der Meinung, dass der deutsche Schritt für Ungarn ungemein nachteilig sei, in den Anweisungen wurden aber trotzdem keine Änderungen durchgeführt.<sup>103</sup> In der Armee ergaben sich demgegenüber auch solche Ansichten, die aus den Vorgängen in der Abrüstungskonferenz und dem deutschen Präzedenzfall jene Folgerung zogen, dass für Ungarn eine militärische Gleichberechtigung ausschliesslich „... via facti“ zu erreichen sei.<sup>104</sup> Es erscheint für logisch vorauszusetzen, dass an der Erstarrung des ungarischen Standpunktes nebst der Erkenntnis dessen, dass selbst ein Konzessionen bietender ungarischer Standpunkt keine Erfolge erwarten lässt, auch die Verkünder dieser Meinung eine Rolle gespielt haben. An der unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltenen Besprechung erstellte die militärische Führung Ergänzungen für die in Genf Verhandelnden, „...es ist erwünscht, dass die obere Grenze des tatsächlichen Militärstandes... keinen Beschränkungen unterworfen sei... Unsere Forderung... ist nach wie vor eine Präsenzdienstzeit von 12 Monaten.“<sup>105</sup> Die am 13. Oktober 1933 angefertigte neue Konkretisierung bestand im gesteigerten Ausmass auf dem erhöhten Charakter der ungarischen Ansprüche.<sup>106</sup> Ein im November verfasstes Memorandum verwies auf den intensiveren



Charakter einer Förderung der Streitmacht: „... die wesentlichste und unter allen Umständen aufrechtzuerhaltende Erfordernis muss sein, dass es auf keinem Fall zu einer Kontrolle der bisherigen Einhaltung der im Friedensvertrag enthaltenen militärischen Verfügungen komme“.<sup>107</sup>

Das Politikum der Ansichten der militärischen Führung brachte im Jahre 1934 am besten die Meinung des Generalstabschefs zum Ausdruck: er habe keine Bedenken, so lange in Genf eine Detailarbeit geleistet wird.<sup>108</sup>

Und während die ungarische militärische Führung auch nach Entfernung der deutschen Delegation aus Genf häufig in Berlin konsultierte,<sup>109</sup> wies auf eine zunehmende Isolierung der in der Abrüstungskonferenz verhandelnden Delegation der Umstand hin, dass laut eines Berichtes des inzwischen zum General beförderten Sieglers ein ungarischer Minoritätsantrag von italienischer Seite so „unterstützt“ wurde, dass dies eher einer Torpedierung glich.<sup>110</sup> Die Isolation fürchte aber doch nicht zur Annahme eines französischen Antrags. Oberst Brussaux, leiter der militärischen Gruppe der an der Abrüstungskonferenz teilnehmenden französischen Delegation, beantragte im Laufe eines Privatgesprächs, die Ungarn und Bulgaren mögen der Abrüstungskonferenz einen Vorschlag unterbreiten, der unabhängig von den Deutschen einen für 20 Jahre befristeten Abrüstungsvertrag enthält, in diesem Falle wäre eine weitgehendste Honorierung der militärischen Wünsche zu erwarten. Bei der militärischen Aufnahme des französischen Vorschlages wiesen übrigens einige Äusserungen darauf hin, dass die Abweisung nicht für eindeutig schien, doch hat die politische Führung – Ministerpräsident und Aussenminister – einer Fortsetzung der Verhandlungen mit Brussaux nicht zugestimmt.<sup>111</sup>

Die Verschliessung vor der französischen Initiative können wir für natürlich ansehen, wenn man die Partnerbeziehungen der ungarischen Armee nicht allein hinsichtlich der Abrüstung betrachtet: diese Verbindungen nahmen bereits einen solchen Charakter an, der einen Orientationswechsel nur mit der Gefährdung der Gesamtheit einer Förderung der ungarischen Armee ermöglicht hätte. Und dass diese Überlegung in der Entscheidung der politischen Führung zum Ausdruck kam, lässt erkennen, dass die militärischen Manifestationen, die die Aussenpolitik betrafen, seit der ersten Hälfte der 30er Jahre die ungarische Diplomatie eher deckten als kreuzten.

Im Jahre 1935 stellte abermals ein deutscher Schritt nicht nur die Militärdiplomatie, sondern die Gänge der Aussenpolitik vor eine schwierige Aufgabe: die Proklamierung des deutschen Wehrgesetzes. Dem Beispiellangebot folgte aber diesmal eine rationelle Entscheidung: es ist die Erwägbarkeit der Folgen abzuwarten.<sup>112</sup>

1935 unternahm die ungarische Militärdiplomatie wiederholte Versuche um mit ihren österreichischen, italienischen und bulgarischen Partnern einen gemeinsamen Standpunkt bezüglich der Aufrüstung zu finden, der ungarische Aussenminister desavouierte aber dieses Bestreben. Kánya erklärte dem österreichischen Gesandten in Budapest, es sei Schade um die Reisespesen.<sup>113</sup>

Was sich im Jahre 1935 unmittelbar der Tätigkeit der Genfer Delegation angeschlossen hat, das wurde hauptsächlich von der Erfolglosigkeit, deren Einbekenntung und Folgen gestaltet.

Der in der Abrüstungskonferenz vertretene militärische Standpunkt konnte freilich unter den gegebenen macht- und aussenpolitischen Kräfteverhältnissen selbst mit einer Erreichung von Teilergebnissen kaum rechnen. Die Erfolglosigkeit der Konferenz vermochte immerhin für jene, die in Ungarn die Entscheidungen gestalteten, einen solchen Impuls zu geben, der in den Partnerbeziehungen wieder die Vertiefung der deutschen Orientierung förderte.

In der einander eher deckenden als kreuzenden Militärpolitik und Aussenpolitik konnte demnach nur in einigen Momenten eine derartige Absicht der militärischen Führung entdeckt werden, die sich selbst im Bereich der aussenpolitischen Entscheidungen eine günstigere Position zu sichern wünschte. Trotzdem aber trug militärische Führung – wie wir sehen konnten – im beträchtlichen Ausmass zur Gestaltung der deutschen Orientierung der ungarischen Aussenpolitik bei und ergänzte mit ihren – aussenpolitisch eher indirekten Mitteln – auch die italienisch – ungarischen Beziehungen.

Jene Frage, ob die ungarische Aussenpolitik durch ihre Partnerschaftsverbindungen den beiden reaktionärsten, faschistischen Staatseinrichtungen zugetrieben wurde, kann in diesem Zusammenhang nicht restlos beantwortet werden, doch scheint die Feststellung dessen für zulässig, dass diesen Prozess die Militärpolitik durch Einsatz ihrer eigenartigen Mittelsysteme im verstärkten Sinne unterstützt hat.

#### ANMERKUNGEN

<sup>1</sup> Hadtörténeti Intézet Levéltára (Archiv des Kriegsgeschichtlichen Instituts). (Im weiteren: HIL.) Honvédelmi Minisztérium (Ministerium für Landesverteidigung). (Im weiteren: HM.) 1929. Eln. I. 1511.

<sup>2</sup> Vgl. z. B.: HIL. HM. 1929. Eln. B. 1513, HM. 1932. Eln. B. 1922, HM. 1932. Eln. II. 1922.

<sup>3</sup> HIL. HM. 1933. Eln. I. 2028.

<sup>4</sup> HIL. Vezérkari Főnökség (Generalstab). (Im weiteren: VkF) 1929. I. 93. Über das ausländische Echo der Waffenschmuggel – Angelegenheit vgl.: Times, 15. Dezember 1928; Temps, 16. Dezember 1928; Pravo Lidu, 16. Dezember 1928.

<sup>5</sup> HIL. VkF. 1933 – 1934. A leszerelési konferencia gyűjtője (Ordner der Abrüstungskonferenz). 137. 9150. Vgl. auch: Kádár Gyula visszaemlékezése. 1918 – 1944 (Memorien von Gyula Kádár. 1918 – 1944. HIL. Kéziratok és tanulmányok gyűjteménye (Sammlung von Manuskripten und Studien). 28/1961. 33.

<sup>6</sup> HIL. VkF. 1934. I. 151. 105422.

<sup>7</sup> Über die Tätigkeit der Abteilung für Nachrichtendienst in den 20er Jahren S. die Denkschrift von Gusztáv Hennyey: Ungarns Schicksal zwischen Ost und West. Lebenserinnerungen Mainz, 1975. 25 – 37.

<sup>8</sup> HIL. VkF. 1929. 3. 98.

<sup>9</sup> HIL. VkF. 1932. 2. 126.

<sup>10</sup> HIL. VkF. 1933. 2. 139. 118995.

<sup>11</sup> HIL. VkF. 1933. 2. 141. 120521.

<sup>12</sup> HIL. VkF. 1933. 2. 140. 119602, 119986.



- <sup>13</sup> HIL. HM. 1929. Eln. B. 1512; HM. 1931. Eln. B. 1788. Vkf. 1931. 2. 113, Vkf. 1932. 2. 120. Die Durchsetzung dieser Tendenz nach 1933: vgl. HIL. Vkf. 1933. 2. 141. 120475; Vkf. 1933. 2. 143. 122 555; Vkf. 1933. 2. 144. 123 780; Vkf. 1934. 3. 155. 120 197, 119 729.
- <sup>14</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 141. 120 124.
- <sup>15</sup> HIL. Vkf. 1931. 2. 114.
- <sup>16</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 144.
- <sup>17</sup> A. a. O.
- <sup>18</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 124.
- <sup>19</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 125.
- <sup>20</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 126.
- <sup>21</sup> Vgl. z. B.; HIL. Vkf. 1933. 2. 138. 118 399.
- <sup>22</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1933. 2. 141. 120 474, 120 719. Unter den übergebenen Informationen befanden sich der Befehl des Chefs der Heeresleitung über die Auswertung der Ausbildung und der analysierende Bericht über den Ablauf der deutschen Truppenübungen vom Jahre 1933.
- <sup>23</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 138. 118 794.
- <sup>24</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 144. 123 778.
- <sup>25</sup> HIL. Vkf. 1934. 2. 156. 121 582.
- <sup>26</sup> HIL. Vkf. 1935. 2. 175. 125 275.
- <sup>27</sup> Vgl.: HIL. Vkf. 1934. 2. 156. 121 569; Vkf. 1934. 2. 157. 122 616; Vkf. 1934. 2. 159. 124 651.
- <sup>28</sup> Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (im weiteren: HHSa.). Neues Politisches Archiv (im weiteren: NPA.) K. 21. 24–27.
- <sup>29</sup> HHSa. NPA. K. 21. 38–340.
- <sup>30</sup> A. a. O. 455.
- <sup>31</sup> Hennyey gen. Werk. 25, 27, 37–39.
- <sup>32</sup> Országos Levéltár (Staatsarchiv), (im weiteren: O. L.) K. 63. Külügyminisztérium (Aussenministerium), (im weiteren: Küm.) Pol. 305. 1408–936–35.
- <sup>33</sup> Iratok az ellenforradalom történetéhez. IV. A magyar ellenforradalmi rendszér külpolitikája. 1927. január 1. – 1931. augusztus 24. (Schriften zur Geschichte der Konterrevolution. IV. Die Aussenpolitik des ungarischen konterrevolutionären Systems. 1. Januar 1927. – 24. August 1931.) Zusammenstellung des Quellenmaterials des Bandes und mit Notizen versehen von *Elek Karsai*, Budapest, 1967. 41–42.
- <sup>34</sup> Iratok ... gen. Werk 60–62.
- <sup>35</sup> Iratok ... gen. Werk 272–273.
- <sup>36</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 144. 123 398; Vkf. 1933. 2. 140. 119 703; OL. K. 63. Küm. Pol. 208. 612–929–23–5.
- <sup>37</sup> Vgl. z. B.; HIL. Vkf. 1933. 2. 142. 121 932; HM. 1934. Eln. I. 2245. 104 161.
- <sup>38</sup> Hennyey gen. Werk 25, 39.
- <sup>39</sup> HIL. Vkf. 1931. 2. 144.
- <sup>40</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 124. 125,
- <sup>41</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 125.
- <sup>42</sup> HIL. Vkf. 1935. 2. 171. 119 539.
- <sup>43</sup> HIL. Vkf. 1935. 2. 175. 124 139. Die Meinung Hennyeys stimmte mit der Ansicht des Ministerpräsidenten überein OL. Filmtár. 7928. Protokoll des Ministerrates vom 17. Januar 1936.
- <sup>44</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1933. 1. 133. 105 422; Vkf. 1933. 2. 140. 119 758; Vkf. 1933. 1. 132. 105 408.
- <sup>45</sup> Wie z. B. die sog. Hirtenberger Affäre, deren Gestaltung zu einem internationalen Konflikt in der Tätigkeit der österreichischen Diplomatie gut verfolgt werden kann: HHSa. NPA. Liasse Ungarn (im weiteren: L. U.) 884. 434–439, 467–479, 502–506, 736; NPA. K. 19. 737–738, 745–747.
- <sup>46</sup> HHSa. NPA. L. U. 894. 4/1. 37–43. Über den tschechoslowakischen Ursprung der Information: Lidové Noviny 23. Februar 1933.
- <sup>47</sup> HIL. Vkf. 1936. 1. 180. 1378–1379.
- <sup>48</sup> HIL. Vkf. 1936. 1. 180. 1408.
- <sup>49</sup> HIL. Vkf. 1934. 1. 151. 105 482.

- <sup>50</sup> HIL. Vkf. 1935. 1. 165. 105 203.
- <sup>51</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 139. 119 493; Vkf. 1934. 2. 155. 119 466, 120 063; Vkf. 1935. 2. 172. 120 047.
- <sup>52</sup> Kriegsarchiv Wien. Bundesministerium für Landesverteidigung (im weiteren: BM. für Lv.). 1933. 28. 5. 3779. 30 601; 1934. 28. 4/6. 4034, 3435.
- <sup>53</sup> HIL. Vkf. 1934. 1. 149. 105 078.
- <sup>54</sup> HIL. Vkf. 1934. 2. 154. 118 093.
- <sup>55</sup> HHSa. NPA. L. U. 896. 5/4. 461–462; NPA. L. U. 894. 4/1. 116; NPA. K. 21. 581–582.
- <sup>56</sup> Kriegsarchiv Wien, BM. für Lv. 1934. 28. 4/6. 4034. 1032; 1935. 26/34. 3/1. 4358. 22 693; HHSa. NPA. L. U. 889. 430–435; NPA. K. 21. 868–869.
- <sup>57</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1934. 2. 154. 118 558; OL. K. 63. Küm. Pol. 166. 821–931–20–5; HHSa. NPA. L. U. 888. 706, 716–717; 894. 2/25. 156–157; 895. 4/5. 87–96; Kriegsarchiv Wien, BM. für Lv. 1932. 28. 4/3. 3562. 22 890; 1934. 28. 4/6. 4034. 8594; 1935. 28. 2/2. 4333. 5865; 3534, 1804.
- <sup>58</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1933. 2. 138. 118 581–118 585, 118–825, 118 827; Henney: gen. Werk 28–35.
- <sup>59</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 142. 121 477; Vkf. 1934. 2. 158. 123 890; Kriegsarchiv, Wien. BM. für Lv. 1933. 28. 5. 3779. 31 289.
- <sup>60</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1933. 2. 138. 118 366, 118 362, 118 531.
- <sup>61</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 143. 122 593; Vkf. 1933. 2. 138. 118 066, 118 710, 118 235, 118 279.
- <sup>62</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 142. 122 051, 122 053.
- <sup>63</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 138. 118 440.
- <sup>64</sup> A. a. O. 118 511.
- <sup>65</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 139. 118 951.
- <sup>66</sup> A. a. O. 119 379.
- <sup>67</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 124. 1933–16–5–828; 16–933–16–5.
- <sup>68</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 140. 119 849.
- <sup>69</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 128. 267–1934–16–5.
- <sup>70</sup> Henney: gen. Werk 40–45.
- <sup>71</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 40. 3285–929–7–5.
- <sup>72</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 145. 124 433. Der Attaché verwies hier auf seine im Parlament im gesprochenen Worte: Országgyűlési Napló, 22. November 1933.
- <sup>73</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1934. 2. 157. 122 007, 122 000, 122 005; Vkf. 1935. 2. 175. 124 001.
- <sup>74</sup> HIL. HM. 1934. Eln. I. 2145. 107 371.
- <sup>75</sup> OL. K. 149. Belügyminisztérium (Innenministerium). 164 1935–3–3006.
- <sup>76</sup> HIL. Vkf. 1929. 2. 95; Vkf. 1930. 2. 101.
- <sup>77</sup> HIL. Vkf. 1929. 2. 95; Vkf. 1930. 2. 101.
- <sup>78</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 124.
- <sup>79</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 43. 2084–1931–7–5.
- <sup>80</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 140. 119 675.
- <sup>81</sup> HIL. Vkf. 1935. 2. 175. 125 509; OL. K. 63. Küm. Pol. 135. 935–16–5.
- <sup>82</sup> Kriegsarchiv Wien. BM. für Lv. 1932. 28. 4/3. 3562. 25 578.
- <sup>83</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 141. 120 578; OL. K. 63. Küm. Pol. 123. 16–5–1932; HIL. Vkf. 1935. 2. 175. 174. 123 502; Vkf. 1935. 11. 167. 105 394.
- <sup>84</sup> HIL. Vkf. 1932. 2. 120; 1932. 2. 123; 1932. 2. 126.
- <sup>85</sup> HIL. Vkf. 1931. 2. 112; 1931. 2. 113.
- <sup>86</sup> HIL. Vkf. 1933. 2. 142. 121 083. Vgl. auch: OL. K. 63. Küm. Pol. 223. 1296–1933–24–5; 304. 5539–933; 745–943–35.
- <sup>87</sup> Vgl. auch: HIL. Vkf. 1933. 2. 144. 123 214.
- <sup>88</sup> S. z. B.: HIL. Vkf. 1935. 2. 171. 118 244.
- <sup>89</sup> HIL. Vkf. 1930. 2. 101.
- <sup>90</sup> A. a. O.
- <sup>91</sup> HIL. Vkf. 1931. 2. 11, 112.
- <sup>92</sup> Vgl. z. B.: HIL. Vkf. 1933. 2. 143. 122 429.
- <sup>93</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 224. 385–936–24–5; 2865–936–24–5; 936–24–5.
- <sup>94</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 224. 3535–936–24–5; 936–24–5.
- <sup>95</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 224. 2140–936–24–5.
- <sup>96</sup> OL. Filmtár (Filmothek). Protokoll des Ministerrates vom 2. August 1929.



- <sup>97</sup> HIL. HM. 1930. Eln. B. 1636; HM. 1931. Eln. B. 1786, 1787, 1788.  
<sup>98</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 304. 4735–930–35.  
<sup>99</sup> HIL. HM. 1931. Eln. B. 1788. 106 135, 107 789.  
<sup>100</sup> HIL. VkF. 1931. 1. 106.  
<sup>101</sup> HIL. VkF. 1933. 1. 131. 6/titkos (geheim) 1932.  
<sup>102</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 304. 140–931–35.  
<sup>103</sup> HIL. VkF. 1933. 1. 134. 105 540.  
<sup>104</sup> Kriegsarchiv Wien. BM. für. Lv. 1933. 28. 5. 3779. 28 958, 29 618.  
<sup>105</sup> HIL. VkF. 1933. 1. 131. 105 211.  
<sup>106</sup> HIL. VkF. 1934. 1. 152. 105 052.  
<sup>107</sup> HIL. VkF. 1933–1934. 1. Ordner der Abrüstungskonferenz. 137. 9239.  
<sup>108</sup> HIL. VkF. A. a. O. 105 240.  
<sup>109</sup> HIL. VkF. A. a. O. 105 247.  
<sup>110</sup> HIL. VkF. 1934. 1. 151. 105 526.  
<sup>111</sup> HIL. VkF. 1933–1934. 1. Ordner der Abrüstungskonferenz. 137. 105 348; VkF. 1934. 1. 9292.  
<sup>112</sup> OL. K. 63. Küm. Pol. 185. 954–935–21–5; HIL. VkF. 1935. 1. 164. 105 139.  
<sup>113</sup> HIL. VkF. 1935. 1. 164. 105 196; VkF. 1935. 1. 165. 105 216; VkF. 1935. 1. 170. 9090; VkF. 1935. 2. 172. 120 327; HHSa. NPA. K 20. 835; NPA. L. U. 894. 4/III. 1–4.